

## **Antrag**

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,  
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

**Betr.: Stillhorn nicht vollständig zurückbauen/Potenzialanalyse in Auftrag  
geben**

Laut Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird der Güterverkehr zwischen 2010 bis 2030 um 38 Prozent zunehmen<sup>1</sup>. Hauptlastenträger im Güterfernverkehr wird dabei weiterhin der Lkw sein. Daraus folgert, dass die Zulassungen neuer Lkws bis 2030 erheblich ansteigen werden, wobei es unerheblich ist, ob dies in Deutschland oder dem benachbarten europäischen Ausland erfolgt.

Fakt ist ferner, dass Deutschland die stärkste Wirtschaftskraft in Europa und aufgrund seiner geografischen Lage ein Transitland ist, insbesondere für den Güterverkehr. Diese Gemengelage, mit dem erheblichen Kostendruck seitens der Auftraggeber, sorgt in der Logistikbranche für einen gnadenlosen Preiskampf. Alles Dinge, die Einfluss auf die Branche und damit auch auf die dort Beschäftigten haben. Dies sind zu einem großen Teil die Berufskraftfahrer.

Bei der Betrachtung dieser Thematik bleiben oftmals die Belange dieser Berufsgruppe auf der Strecke: Wie sehen seine Arbeitsbedingungen in der Zukunft aus? Welche Investitionen werden vorgenommen, um ein positives Arbeitsumfeld zu schaffen, zum Beispiel damit dieser seine gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten einhalten kann, indem sichere und ausreichende Parkplätze mit entsprechender Ausstattung angeboten werden?

Regelhaft müssen Lkw-Fahrer einen Rastplatz ansteuern, um ihre Ruhezeiten einzuhalten. Diese verbringen sie zu einem großen Teil in der Kabine ihres Lkws. Dafür geeignete Rastplätze in Hamburg, zum Beispiel an der Autobahnraststätte Harburger Berge Ost, sind sehr schnell belegt beziehungsweise überbelegt. In der Antwort mit der Drs. 21/18980 der AfD wurde in diesem Fall ein Auslastungsgrad von über 1 000 Prozent angegeben<sup>2</sup>. Der größte Teil der anderen Rastplätze ist ebenfalls mehrfach aus- beziehungsweise überlastet.

Daraus resultiert ein unerwünschter Parkplatzsuchverkehr, mit der Verschwendung von Arbeitszeit und Kraftstoff, woraus eine unnötige Belastung der Umwelt folgt. Dieser Suchverkehr endet oft so, dass zahlreiche Lkw-Fahrer keinen geeigneten Stellplatz finden und nur noch die Chance haben, verkehrswidrig zu parken oder andere ungeeignete Flächen nutzen, die dann vielleicht auch mal in Wohngebieten liegen können. Das ist weder gewünscht noch ökologisch wertvoll. Allerdings ist dieser Umstand, anhand der beschriebenen Situation und der Zahlen der erwähnten AfD-Anfrage, nachvollziehbar beziehungsweise in gewisser Hinsicht fast schon erzwungen, da auf der einen Seite Vorschriften erlassen, aber nicht ausreichende Maßnahmen ergriffen werden, um die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

<sup>1</sup> [https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/metastudie-status-quo.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/metastudie-status-quo.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>2</sup> [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68668/parkplaetze\\_fuer\\_lkws\\_2019.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68668/parkplaetze_fuer_lkws_2019.pdf).

Trotz dieser Erkenntnis gab die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation in Drs. 21/18745<sup>3</sup> bekannt, dass die Rastanlage in Stillhorn zurückgebaut werden soll. Dieser Rückbau soll als Ausgleichsfläche für die geplante A26-Ost dienen. Hier soll nicht infrage gestellt werden, ob Ausgleichsflächen zu stellen sind, allerdings ist in diesem Fall die Frage angebracht, welche Qualität denn diese Flächen in direkter Lage an der Autobahn haben sollen?

Letztlich ist dies ein falsches Vorgehen, welches zulasten Tausender Berufskraftfahrer, aber auch der Umwelt geht und letztlich eine ohnehin schon mangels Investitionen unhaltbare Situation weiter verschärfen wird. Wie es anders geht, zeigen Vorbilder wie Rotterdam, wo Lkw-Fahrer ein gebührenpflichtiges Truckparking-System mit ausreichenden Kapazitäten bei zeitgemäßer Sicherheits- und Hygieneausstattung vorfinden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgrund der unbefriedigenden Situation in Bezug auf die nicht ausreichend vorhandenen Übernachtungsstellplätze für Fernfahrer im Hamburger Raum aufgefordert,**

1. auf den vollständigen Rückbau der Rastanlage Stillhorn im Zuge der Errichtung der A26-Ost zu verzichten;
2. die aktuelle Planung der A26-Ost unter Einbeziehung von Branchenvertretern dahin gehend zu überarbeiten, dass eine größtmögliche Zahl an Lkw-Stellplätzen auf der Raststätte Stillhorn erhalten beziehungsweise geschaffen wird, und zu prüfen, ob und welche Versorgungseinrichtungen in welcher Ausführung angeboten werden können;
3. eine Potenzialanalyse zu erstellen, welche die möglichen beziehungsweise sinnvollen Flächen für die Errichtung von Über-Nacht-Parkraumnutzung speziell für Lkws im gesamten Stadtgebiet und angrenzendem Umland ermittelt;
4. der Bürgerschaft im 3. Quartal 2020 zu berichten.

---

<sup>3</sup> [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68423/haushaltsplan\\_2019\\_2020\\_einzelplan\\_7\\_behoerde\\_fuer\\_wirtschaft\\_verkehr\\_und\\_innovation\\_nachbewilligung\\_nach\\_35\\_landeshaushaltsordnung\\_a26\\_ost\\_hafenpassa.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/68423/haushaltsplan_2019_2020_einzelplan_7_behoerde_fuer_wirtschaft_verkehr_und_innovation_nachbewilligung_nach_35_landeshaushaltsordnung_a26_ost_hafenpassa.pdf).